

NEWSLETTER “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Herausgabe alle 14 Tage seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Gonsiori 34, 10128 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

8 Seiten Datum: 17.05.2013

ESTLAND

-Estnisches Parlament lehnte Referendumsdemokratie ab -Geworben wird mit der Schweiz, wenn es um Käse geht



Soeben hat das estnische Parlament einen Vorstoss der Zentrumpartei von Parteichef **Edgar Savisaar** abgelehnt, hierzulande Abstimmungen durch Volksbefragungen einzuführen. Den 1,3 Millionen Einwohnern Estlands, traut man nicht zu, das Volk bei wichtigen Fragen entscheiden zu lassen, zu gross ist offenbar noch immer das Trauma der finnougriischen Bewohner im Land, nachdem ab 1945 das Sowjetregim wieder die Macht übernommen hatte, als Nazideutschland aus dem Baltikum vertrieben worden war. In der Folge wurden hunderttausende Russen aus dem Sowjetimperium in das Baltikum gebracht, den einheimischen wurden Häuser und Wohnungen weggenommen um sie den russischen Zuwanderern zu übergeben. Hunderttausende Esten wurden nach Sibirien in Arbeitslager deportiert. Viele starben.

Siehe auch: <http://www.swissbalticchamber.com/files/NL100401.pdf>

Heute liegt der Anteil der russischstämmigen Bevölkerung noch immer bei nahezu 30%. In Lettland ist der Anteil noch deutlich höher. Das Vertrauen gegenüber den Russen im Land scheint noch immer angeschlagen, zumal die Ereignisse um die Versetzung eines Kriegerdenkmals im April 2007 aus dem Stadtzentrum auf einen Soldatenfriedhof noch immer präsent sind. Damals hatte die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals aus der Innenstadt zu wüsten Krawallen seitens russischer Aktivisten geführt. Siehe auch: <http://www.swissbalticchamber.com/files/NL070427.pdf>

Wenn es um Käse geht, darf die Schweiz gerne Pate sein

Wenn es um Käse geht, wirbt man hier gerne mit der Schweiz. (Siehe Foto eingangs). So wirbt die Grosskäserei in der estnischen Kleinstadt **Põltsamaa** mit einer Schweizer Kuh auf der Packung für Schnittkäse und titelt “Schweizer Käse Premium Emmentaler Käse“ Diese Käserei hatte ihre Ausrüstung vom damaligen Schweizer Ausrüster **Kalt und Söhne** in **Lüthisburg** bezogen, während bei der Betriebseinweihung auch der deutsche Botschafter zugegen war und gegenüber der SBCC bemerkte: „Ihr liefert und wir bezahlen“ – Deutschland hatte damals die Schweizer Ausstattung finanziert.

Trotz Schweizer Label ist es den Esten bisher allerdings noch nicht gelungen, ausser Weichkäse (Edamer) einen gelungenen Hartkäse auf den Markt zu bringen, da die Tiere hierzulande weitgehend mit Silofutter versorgt werden, was es offenbar nicht möglich macht, einen echten Emmentaler, Appenzeller oder Gruyère herzustellen.

Zwar bemüht man sich auf der grössten estnischen Insel Saaremaa auf einer Fläche von gut 2600 Quadratkilometern bei 36 000 Einwohnern, ein besonderes Käseprodukt auf den Markt zu bringen. (Zum Vergleich: das deutlich kleinere Fürstentum Lichtenstein beherbergt auf einer Fläche von 160 Quadratkilometern knapp 37 000 Bewohner)

Doch gegen die Finnen, denen es längst gelungen ist, einen Hartkäse zu liefern, kommen die Esten noch nicht an. Finnlands Käsehersteller **Valio** hatte vor Jahren sogar einen Preis bei einem Hartkäsewettbewerb mit einem „Emmentaler“ gewonnen, dem sogar die Schweizer Respekt zollten.



Nun will man sich auch auf der zweitgrössten Insel des Landes, auf der Insel Hiiumaa, bemühen, einen exklusiven Käse zu erzeugen.

Noch wird die Milch täglich zum grossen Nachbarn Saaremaa hinüber geschippert. Vor einigen Jahren gab es auf Hiiumaa noch über tausend Kühe. Heute sind es noch 500. Während der Sowjetzeit sollen es 10 000 Rindviecher gewesen sein, welche auf den hiiumaanischen Kolchosen grasten. Die Insel verfügt über eine Fläche von knapp 1000 Quadratkilometern bei einer

Bevölkerungszahl von gut 10 000 Bewohnern. Das Eiland durchmisst rund 60 Kilometer.

Nun begrüsst der Inselgouverneur **Riho Rahuoja** eine neue Initiative, die zu einem Inseleigenen Käseprodukt führen könnte, das auch die Bewohner auf dem Festland begeistern könnte. Wir waren vor zehn Jahren schon mit einem Experten aus der Schweiz für ein solches Projekt vor Ort. Damals fehlten jedoch die entsprechenden Voraussetzungen.

Nun ist die SBCC erneut gehalten, einen entsprechenden Käsemeister, oder Milchtechnologien aus der Schweiz, wie die Spezialisten heute genannt werden, auf die Insel zu bringen. Gesucht wird also ein Mensch, der einerseits über das erforderlich **Know How** verfügt und ausserdem für einige Monate oder Jahre den nötigen **Enthusiasmus** mit bringt, um mit den Bauern auf der Insel das bisher scheinbar unmöglich möglich zu machen: Einen Käse herzustellen, den die Bewohner Estlands mit Genuss verzehren.



Die Zeit sei derzeit günstig, meint der Gouverneur, Mittel aus dem EU-Strukturfond zu bekommen um eine entsprechende Käserei auf die Beine zu stellen.

So hat sich unlängst der Schweizer Journalist **Daniel Sägesser**, Inhaber einer Kunstgalerie namens **Balt Art** in Bern, nach Estland begeben, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen. Auch er will sich bemühen, den passenden Fachmann oder die geeignete Fachfrau zu finden, welche/r den Schlüssel für einen KnowHow Transfer nach Hiiumaa in Händen hat. Interessenten/innen mögen sich bei der SBCC melden.

(Foto: von l. n. r: Vorsitzender des Bauernverbandes, Toomas Remmlkoor; Gouverneur, Riho Rahuoja; Journalist Daniel Sägesser, SBCC-Präsident Jürg Würtenberg, SBCC-Geschäftsführerin Diana Würtenberg)

Zentrumspartei brachte Grundgesetzänderung im Parlament ein

Am 7.Mai hat das estnische Parlament mit 44 Pro- und 36 Gegenstimmen den von der Zentrumspartei vorgeschlagenen Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes abgelehnt, die einer aus mindestens 25000 stimmberechtigten Bürgern bestehenden Initiativgruppe das Recht gegeben hätte, Gesetzesentwürfe zu initiieren. Die Mitglieder der Parlamentsfraktion der Zentrumspartei begründeten ihren Vorschlag mit der Notwendigkeit, das Volk mehr in den

Legislationsprozess zu involvieren und dadurch die Rolle der Bürger in der Gesellschaft zu erhöhen. Die Legalisierung der Bürgerinitiativen wäre der Ansicht der *Zentristen* zufolge eine Möglichkeit zur Reduzierung der Politikverdrossenheit.

Ausgeschlossen von der durch Bürgergruppen initiierten Gesetzesentwürfen wären allerdings Fragen wie etwa Staatshaushalt, Steuerwesen, finanzielle Verpflichtungen des Staates und Fragen der Staatssicherheit gewesen.

Laut heutigem Grundgesetz können nur Parlamentsmitglieder, Parlamentsfraktionen- und Ausschüsse Gesetzesentwürfe initiieren. Das Recht zur Initiierung der Änderungen des Grundgesetzes hat das Staatsoberhaupt.

Steuerhinterziehung ist ein ernsthaftes Problem in Estland

Nach Informationen der estnischen Zoll- und Steuerbehörde neigt ein Grossteil der Unternehmen zur Steuerhinterziehung, weswegen nur praktisch 1/10 der Firmen die Staatskasse mit Milliarden versorgen. Estland hat heute rund 72 000 mehrwertsteuerpflichtige Unternehmen. Eine von der Steuerbehörde erstellte frische Statistik zeigt, dass im letzten Jahr nur 5690 Unternehmen Mehrwertsteuer im Gesamtwert von 2,08 Mrd. EUR zahlten. Diese Summe bildet 90% der gesamten Mehrwertsteuereinnahmen. Die restlichen Unternehmen zahlen nur minimal Mehrwertsteuer und 1/3 der Unternehmen erhalten vom Staat mehr Mehrwertsteuer retour als sie in die Staatskasse einzahlen. Der stellvertretende Leiter der Steuerbehörde *Egon Veermäe* kommentierte, dass grob gesehen 5690 Unternehmen alle restlichen Firmen finanzieren. Estlands Finanzminister *Jürgen Ligi* sagte, dass die Statistik der Steuerbehörde ihn nicht überrasche. "Die Statistik zeugt davon, dass die Situation ernsthaft ist und faire Konkurrenz unter Steuerhinterziehung leidet. Die Steuerlast der ehrlichen Unternehmen kann deswegen nicht gesenkt werden," sagte Ligi.

Estland und Russland haben nun doch ein Grenzabkommen geschafft



Das neue estnisch-russische Grenzabkommen ist bereit zur Unterzeichnung, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im russischen Föderationsrat *Mihhail Margelov* am Mittwoch. "Es handelt sich um einen grossen Erfolg der estnischen und russischen Diplomaten, die für den schnellen Verlauf der Grenzverhandlungen sorgten. Dieses Dokument wird die Beziehungen zwischen unseren

beiden Staaten verbessern," sagte Margelov der Agentur *Interfax*. Er betonte, dass einer der entscheidenden Momente der Verhandlungen der Verzicht auf den Punkt der territorialen Einigkeit gewesen sei. Der frühere Entwurf, der vom russischen Parlament nicht ratifiziert wurde, hatte einen Hinweis auf den Tartuer Friedensvertrag von 1920 enthalten, was von Russland als eine Möglichkeit für territoriale Forderungen interpretiert wurde. Das neue Abkommen reguliere nur Fragen der Staatsgrenzen, wobei die beiden Staaten bestätigen, dass sie keine gegenseitigen territorialen Forderungen haben.

Estlands Aussenminister *Urmäs Paet* sagte, dass das Grenzabkommen frühesten in der ersten Jahreshälfte 2014 in Kraft treten könne, da es noch der Zusage der Regierungen und Parlamente beider Länder bedürfe. Nach dem Inkrafttreten des Abkommens beginne die Markierung der Staatsgrenze, die über mehrere Jahre andauern könne. Wegen dem bisher fehlenden

Grenzabkommen war die zwischen Estland und Russland verlaufende Grenze nur eine sog. **Kontrollzone und keine richtige Staatsgrenze.**

Estlands Aussenminister Urmas Paet und sein russischer Amtskollege Sergei Lavrov unterzeichneten zunächst am 18. Mai 2005 in Moskau ein erstes Grenzabkommen. Das estnische Parlament ratifizierte das Abkommen am 20. Juni 2005. Auf Vorschlag von fünf Fraktionen erhielt das Gesetz ein Präambel mit dem Hinweis auf den Tartuer **Friedensvertrag von 1920.** Ende Juni 2005 teilte Russland mit, dass es seine Unterschrift auf dem Grenzabkommen zurückzieht, da die vom estnischen Parlament hinzugefügte Präambel es ermögliche, Russland gegenüber territoriale Forderungen zu stellen. Diese Unterstellung wurde von Estland später mehrfach als nicht zutreffend bezeichnet. Vor dem zweiten Weltkrieg zählten die Gebiete östlich des Narvaflusses und des Peipusees und somit die Stadt **Ivangorod** gemäss dem Tartuer Friedensvertrag noch zur estnischen Republik.

LETTLAND

Bankenstatistiken Lettland

Den Informationen des Ausschusses für Finanz- und Kapitalmärkte Lettlands zufolge waren per Ende März 24,8% der lettischen Haushalte im Verzug mit der Tilgung ihrer Bankkredite. Das sind 0,3% mehr als per Ende 2012. 23% der Kreditnehmer waren im Verzug mit ihrem Hypothekkredit, 28% mit der Tilgung der Verbraucherkredite und 23,5% mit der rechtzeitigen Rückzahlung der Kreditkartenrechnungen. 7,2% der Kredite waren im Zahlungsverzug bis zu 30 Tage und 13,8% mehr als 180 Tage. Per Ende März betrug das Kreditportfolio der lettischen Banken 4,511 Mrd. Lats (6,42 Mrd EUR).

IWF prognostiziert Lettland ein 4% Wachstum

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert Lettland für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 4%. Die Genesung der lettischen Wirtschaft werde auch in diesem Jahr andauern. Es wird allerdings hervorgehoben, dass das in Schwierigkeiten geratene Unternehmen **Liepajas Metalurgs** die lettische Industrieproduktion unter Gefahr stellen könnte. Die Inflation werde auch in diesem Jahr niedrig bleiben.

Unterstützung zur Euroeinführung in Lettland gestiegen



Die Unterstützung zum Euro unter der Bevölkerung Lettlands ist in den letzten sechs Monaten um 10% gestiegen. Nach Ergebnissen der letzten Meinungsumfragen des Instituts TNS liege die Unterstützung der europäischen Gemeinschaftswährung bei 36%. Am höchsten war die Unterstützung zum Euro unter Letten, Männern mit Hochschulabschluss und Personen mit höherem Einkommen, Fachleuten und Führungskräften. 62% der Befragten waren allerdings nach wie vor gegen die Einführung des Euro. Am niedrigsten war die Unterstützung unter Nichtstaatsbürgern, Rentnern und Menschen mit niedrigem Einkommen und Grundschulausbildung.

Während der vom 3. bis 23. April durchgeführten Studie wurden insgesamt 1016 Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahre befragt.

Estlands Tageszeitung lobte lettisches Strassenbahnnetz



In der lettischen Hauptstadt Riga sind die Strassenbahngleise renoviert und in der Stadt fahren moderne, gut aussehende Strassenbahnen, lobt die estnische Tageszeitung *Postimees* in einem vor kurzem veröffentlichten Bericht über öffentliche Transportmittel in Riga. Die alten Trolleybusse werden allmählich mit neuen ersetzt. Für die alten Trolleybusse interessiere sich angeblich Tallinn.

Riga erhielt Anfang 2011 20 neue Niederflur-Strassenbahnen. Für den Kauf der neuen Trams und die Modernisierung der einschlägigen Infrastruktur wurden von Kommerzbanken insgesamt 130 Mio. EUR geliehen, wovon 52 in den Kauf von 20 Strassenbahnen investiert wurden. Eine Strassenbahn kostete 2,6 Mio. EUR. Die Länge der neuen Trams beträgt 31,4 Meter und die Breite 2,5 Meter, sie bieten Platz für maximal 318 Fahrgäste. Die Niederflurtrams haben grosse Glasfenster, eine Spezialplattform für Behinderte und Belüftung mit Klimaanlage. Der endgültige Übergang auf Niederflurtrams werde in Riga bis 2032 abgeschlossen sein und insgesamt 500 Mio. Lats (700 Mio EUR) kosten.

Tallinn habe heute keine so ehrgeizigen Pläne, meint der *Postimees*. Die Linie der Nummer 4 soll bis 2015 renoviert werden. Gleichzeitig sollen auch neue Trams im Strassenbild der estnischen Hauptstadt erscheinen. Was andere Strassenbahnlinien Tallinns angeht, so seien keine vergleichbaren Zukunftspläne hervorzuheben.

Von Bedeutung sei, dass die Initiative der Modernisierung des städtischen Fuhrparks von der *estnischen Regierung* stamme, die an Spanien CO2-Quota im Wert von 45 Mio EUR verkaufte, hiess es. Der Betrag sollte ursprünglich für den Kauf von 15 neuen umweltfreundlichen Trams verwendet werden. Die Tallinner Stadttransport AG meldete, dass die ersten neuen Trams bis 2015 auch geliefert werden sollen. Offenbar präjudizierte der CO2-Quota Deal mit Spanien einen automatischen Auftrag an ein spanisches Unternehmen, so dass eine Ausschreibung zur Farce wurde und ein schweizer Anbieter trotz offensichtlich besserem und günstigerem Produkt das Nachsehen haben musste, was sogar von der estnischen Rekurskommission bestätigt worden war.

Lettland plant Verbot von Alkoholverkauf an Tankstellen



Lettland diskutiert derzeit über Gesetzesänderungen, die den Verkauf von alkoholischen Getränken an Tankstellen verbieten. Die Tankstellenfirmen sind allerdings der Ansicht, dass diese Entscheidung eine Bankrottwelle mit sich bringen könnte. Schon heute gelten in Lettland Einschränkungen des Alkoholverkaufs, wenn der zur Tankstelle gehörende Laden eine Fläche von weniger als 20 m² hat. *Martins Stirans* vom Verband der Kraftstoffverkäufer

Lettlands sagte, dass ein solcher Schritt ein harter Schlag gegen die Kleinunternehmer wäre.

Heute hat Lettland 609 Tankstellen, 200 von ihnen gehören grossen Tankstellenketten, 400 jedoch einheimischen Unternehmern. An den von der Hauptstadt Riga weiter entfernten Tankstellen bildet der Verkauf von Kraftstoffen 34% des Umsatzes, 1/5 werde *Stirans* zufolge aber durch den Verkauf von Alkohol und Zigaretten generiert.

Extremistische Kräfte Gefahr für Lettlands Sicherheit?

Das Jahrbuch der lettischen Sicherheitspolizei schreibt, dass Linksradikale und extremistische Kräfte im vergangenen Jahr versucht hätten, in die Politik einzudringen, indem Parteien gegründet wurden, die durch Wählerstimmen Zugang zu öffentlichen Ressourcen hätten führen können. Diese Tendenz würde durch die am 1. Juni 2013 bevorstehenden Kommunalwahlen begünstigt. Die Wirkung extremistischen Kräfte wurde von der Sicherheitspolizei dennoch als relativ niedrig eingestuft.

LITAUEN

Die Arbeit am AKW Projekt wird fortgesetzt



Estland, Lettland und Litauen haben mit Beratungen über die Errichtung des im litauischen *Visaginas* geplanten Atomkraftwerkes begonnen. "Heute laufen Beratungen unter Experten, anwesend sind auch Vertreter von beteiligten Firmen und Fachleuten aus Ministerien. Ein Treffen der drei Minister ist heute noch nicht vereinbart," erklärte die Beraterin des litauischen Energieministers *Daiva Rimašauskaitė* gegenüber der Presseagentur BNS. Die litauische Regierung beauftragte vor kurzem den Energieminister *Jaroslav Neverovič* bis zum 1. Juli Beratungen mit den

Partnerstaaten des AKW Projektes sowie der japanischen Firma *Hitachi* durchzuführen um für alle beteiligten Parteien zufriedenstellende Bedingungen zur Umsetzung des Projektes zu finden. Sollten die Partner bereit sein, das Projekt fortzusetzen, soll am 1. Oktober die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens beschlossen werden. Bis dahin soll auch die Projektstudie der Integration der baltischen Staaten in das Energienetzwerk der EU abgeschlossen sein. Der Beauftragte für Energiefragen in der Europäischen Kommission *Günther Oettinger* sagte, dass die Entscheidung der Errichtung des AKW in den Händen der litauischen Regierung sei. Abgesehen davon sei Litauen alleine zu klein für die Umsetzung eines solchen Vorhabens. Oettinger empfahl Litauen, gemeinsam mit den anderen baltischen Staaten und Polen einen gemeinsamen Energiemarkt zu etablieren.

Mit dem Beitritt zur EU erklärte sich Litauen bereit, das aus der Sowjetzeit stammende Ignalina AKW zu schliessen. Der letzte von zwei Reaktoren wurde am 31. Dezember 2009 stillgelegt, womit die Abhängigkeit Litauens von Energielieferungen aus Russland sprunghaft stieg.

Letzten Meldungen zufolge versammelten sich am gestrigen Donnerstag die Vertreter der baltischen Energiefirmen und der japanischen Firma Hitachi in Vilnius um weitere Schritte zu besprechen. In der litauischen Bevölkerung ist das neue AKW Projekt allerdings umstritten.

Schattenwirtschaft auf dem litauischen Arbeitsmarkt



22% der Bevölkerung Litauens beziehen ihr Einkommen aus der Schattenwirtschaft, zeigt eine Umfrage des *Free Market Institutes*. 5% der Befragten sagten, dass ihr Einkommen unversteuert sei, 8% erhalten einen Teil ihres Einkommens in Bargeld und bei 9% stamme das Einkommen aus inoffiziellen Quellen. 62% der Befragten sagten, dass sie sich für Arbeit in der Schattenwirtschaft entschlossen, weil sie dadurch Vorteile im Einkommen sähen. 52% der Befragten sagten, dass offizielle Stellen viel schwieriger zu finden seien.

Russischer Oppositionsvertreter Gozman tröstet Baltenländer



Russland mag die baltischen Staaten nicht lieben und ein unangenehmer Nachbar sein, stellt aber trotzdem für sie keine Gefahr dar, da es die Unabhängigkeit der Baltenstaaten akzeptiert hat, sagte der russische Oppositionsvertreter **Leonid Gozman** am 2. Mai in Vilnius. Gozman zufolge seien die Expansionsbestrebungen Russlands heute in Richtungen auf die Ukraine, Weissrussland und Armenien gerichtet. "Ich möchte mit einer positiven Meldung abschliessen. Wir sind immerhin in Litauen und wir haben eine komplizierte Vergangenheit. Einmal haben wir euch schon "befreit". Wird sich diese Heldentat wiederholen? Ich bin überzeugt, dass die Antwort darauf Nein lautet. Ich bin überzeugt, dass wir kein angenehmer Nachbar sind, aber wir sind auch nicht gefährlich," sagte Gozman auf der Konferenz der Universität Vilnius. Der zur Führung der Union der Rechtskräfte Russlands gehörende Leonid Gozman gab zu, dass die russische Gesellschaft nicht bereit sei, den wahren Preis der imperialistischen Ambitionen Russlands zu zahlen. "Bei uns wünscht man, dass das Imperium wieder entsteht, wie ein Zauber und kostenlos. So wird es aber nicht geschehen. Die Unabhängigkeit der Ukraine, Weissrusslands und Armeniens wird psychologisch nicht anerkannt. Sie wird de jure anerkannt, aber nicht im Bewusstsein der Elite Russlands. Sie können einfach nicht zugeben, dass die Ukraine Ausland ist, umso mehr wenn es um Weissrussland geht. Die Unabhängigkeit der baltischen Länder haben sie akzeptiert. Die Einstellung zu ihnen ist schlecht. Litauen taugt zu nichts, Lettland und Estland sind faschistische Staaten. Abgesehen davon seid ihr trotzdem endgültig souverän," witzelte Gozman.

Eine neue Fluggesellschaft in Litauen



In Litauen entsteht mit finanzieller Unterstützung der Stadt Vilnius eine neue Fluggesellschaft, die schon für Ende Juni ihren ersten Linienflug angekündigt hat, berichtet die Zeitung *Postimees*. Die ehrgeizige Air Lituanica darf allerdings heute noch nicht als Fluggesellschaft bezeichnet werden, da die litauische Flugfahrtbehörde noch keine Tätigkeitslizenz erteilt hat. Die einschlägige Prüfung ist auf den 22. Mai vorgesehen, wonach die Firma voraussichtlich die entsprechende Erlaubnis erhalten wird. Die Firmenführung plane schon Ende Juni ihren ersten Linienflug nach Brüssel. Am 8. Juli sollen Flüge nach Amsterdam, später nach Berlin, Prag, München und Moskau folgen. Bis 2016 will Air Lituanica insgesamt 16 Destinationen anfliegen. Die für dieses Jahr geplante Passagierzahl liegt bei 70000 Fluggästen, die bis Jahresende einen Umsatz von 40 Mio. Litas (10 Mio EUR) erwirtschaften sollen. Für das kommende Jahr plant Air Lituanica eine Umsatzsteigerung auf 140 Mio. Litas und 2015 will die Gesellschaft schon Profit machen.

83% des Unternehmens gehören der von der Vilnius Stadtverwaltung finanzierten Air Vilnius Group. Die restlichen 17% gehören dem aus Privatpersonen und Firmen bestehenden "Air Lituanica Club".

KULTUR

Kunstaussstellung im Kulturhof - Schloss Köniz

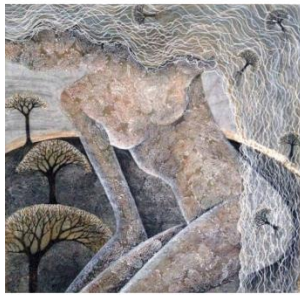
Rendezvous im verwunschenen Garten

neue Werke von der international bekannten estland-russischen Künstlerin

Irina Baleva

Irina Baleva: „, Silvery “. Batik auf Leinwand

Ausstellung 7. bis 16. Juni 2013



Irina Baleva
Rendezvous
im verwunschenen Garten

Ausstellung: 7. Juni - 16. Juni 2013

Vernissage: Freitag, 7. Juni ab 18.30 Uhr

mit musikalischer Begleitung von Roman Wiedemar

Öffnungszeiten

Samstag und Sonntag | 14 bis 18 Uhr

Dienstag bis Freitag | 16 bis 20 Uhr

Montag | geschlossen

Kulturhof Galerie

Muhlernstrasse 11

3098 Köniz (Bern)

www.kulturhof.ch

www.baltart.ch